Starker Auftritt der Zahnärzte gegen das Praxissterben

Forderung nach fairen Bedingungen findet Unterstützung aus der bayerischen Politik

Standespolitik und bayerische Politik fordern gemeinsam faire Bedingungen für Zahnarztpraxen (v.l.n.r.): Prof. Dr. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Frank Hummel, Vorsitzender von Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB), Dr. Barbara Mattner, Vizepräsidentin der BLZK, Moderatorin Susanne Remlinger, Vorsitzende der Freien Zahnärzteschaft (FZ), Dr. Dr. Frank Wohl, Präsident der BLZK, Dr. Andrea Behr, MdL, Hubert Aiwanger, MdL, stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident, Hannelore König, Präsidentin des Verbandes medizinischer Fachberufe e. V., Klaus Holetschek, MdL, Vorsitzender der CSU-Fraktion, und Bernhard Seidenath, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention im Bayerischen Landtag. (Fotos: BLZK/W. Murr)

„Stoppt den Bürokratiewahnsinn!", „Wir sind mehr wert!" und „LAUTER Praxen gehen den BACH runter!" – am 12. Juni demonstrierten weit über 1 000 bayerische Zahnärztinnen und Zahnärzte gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Münchner Marienplatz. Themen waren das Praxissterben im ländlichen Raum, der Fachkräftemangel, Bürokratieabbau, eine klare Haltung gegenüber iMVZ und die überfällige Anpassung des GOZ-Punktwertes.

Breites Bündnis aus Zahnmedizin und Politik

Seite an Seite mit prominenten Vertretern aus der bayerischen Landespolitik setzten sich die Teilnehmenden der Kundgebung lautstark für faire Bedingungen für Zahnarztpraxen und ihre Praxisteams ein. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte die Bayerische Landeszahnärztekammer (BLZK) in Kooperation mit dem Verband medizinischer Fachberufe e. V. (vmf). Ebenfalls daran beteiligt haben sich die bayerischen Zahntechniker-Innungen sowie viele weitere zahnärztliche Verbände und Organisationen. Ein ausführlicher Bericht zu der Veranstaltung folgt in der nächsten Ausgabe des BZB, Heft 7-8/2024.

Redaktion BLZK

1 *BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl: „Es muss wieder Spaß machen, sein eigener Chef zu sein!"*

2 *Eine zeitgemäße Honorierung durch die überfällige Anpassung der GOZ – das war eine der Forderungen der Zahnärzte und ihrer Teams am Münchner Marienplatz.*

3 *„Es wird immer mehr, was wir leisten müssen, aber wir kriegen dafür immer weniger. Das führt dann eben zum Praxissterben", so eine der teilnehmenden Zahnärztinnen.*

4 *Die Demonstranten zeigten bei ihrem gemeinsamen Protest der aktuellen Gesundheitspolitik die rote Karte.*

5 *Auch die bayerischen Zahntechniker-Innungen sind zur Kundgebung gekommen und traten „Hand in Hand" mit der Zahnärzteschaft auf.*

6 *Der stellvertretende Bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger, MdL, zeigte sich kämpferisch für die Belange der Demonstranten: „Die Zahnärzte stehen unter einem zunehmenden Druck, die Rahmenbedingungen müssen dringend verbessert werden!"*

Die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, MdL, konnte wegen der zeitgleich in Travemünde tagenden Gesundheitsministerkonferenz nicht persönlich teilnehmen. Sie hat jedoch dem Kammerpräsidenten eine schriftliche Erklärung für die Kundgebung übersandt und ihn gebeten, diese am Marienplatz zu verlesen.

Die Bayerische Staatsministerin für
Gesundheit, Pflege und Prävention

Judith Gerlach, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider ist mir eine persönliche Teilnahme an Ihrer Veranstaltung aufgrund der heute stattfindenden Gesundheitsministerkonferenz nicht möglich. Ich bedanke mich aber sehr für die Einladung.

Die Bayerische Staatsregierung steht fest an der Seite der Zahnärztinnen und Zahnärzte. Wir freuen uns, dass wir mit der Bayerischen Landeszahnärztekammer in einem so guten und konstruktiven Austausch stehen. Denn nur gemeinsam können wir die drängenden Probleme Ihres Berufsstandes lösen. Vor allem müssen die zahnärztliche Niederlassung im ländlichen Raum attraktiv und die Freiberuflichkeit erhalten bleiben. Es ist wichtig, kurze Wege für die Patientinnen und Patienten zu gewährleisten!

Im aktuellen Bundes-Entwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes, dem GVSG, wird die Situation der Zahnärztinnen und Zahnärzte vollkommen ausgeblendet. Zur Verbesserung der ambulanten zahnärztlichen Versorgung findet sich dort kein einziger Vorschlag. Obwohl also Handlungsbedarf besteht, tut der Bund nichts.
Lassen Sie mich Ihnen deshalb versichern, dass die Bayerisches Staatsregierung voll und ganz hinter Ihren Forderungen für die Erhaltung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und wohnortnahen zahnärztlichen Versorgung steht.

Ihre

Judith Gerlach, MdL
Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention

Dienstgebäude München
Haidenauplatz 1, 81667 München
Dienstgebäude Nürnberg
Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
Internet www.stmgp.bayern.de
E-Mail poststelle@stmgp.bayern.de
Telefon 089 95414-0